

Wenn Frauen "sozialistisch" wohnen - zur Lebensweise in "Hauptwohnbaustandorten" (Großsiedlungen) in der DDR

Christine Hannemann

Für das Wohnen in der DDR, als Teilbereich der als sozialistisch definierten Gesellschaft, war die Ausprägung des klassischen patriarchalischen Wohnkonzepts der Kernfamilie - mit überwiegend vollzeitbeschäftiger Frau - in der sozialen Kleinstwohnung charakteristisch. Resultat des sozialen Wandels in den Städten der DDR ist einerseits eine Infrastrukturausstattung in den Neubaugebieten, welche eine grundlegende sozial-räumliche Bedingung für die Emanzipation der Frauen ist, andererseits bilden diese sozial-räumlichen Strukturen von der Grundrißkonzeption der Wohnung bis zur Monostruktur dieser Gebiete ein spezifisches Beispiel für eine patriarchalische Stadtentwicklungs- und Wohnbau-praxis, in dem sie das sozio-kulturelle Transformationsergebnis geschlechts-spezifischer Arbeitsteilung auf baulich-räumliche Strukturen darstellen.

1. Zum Wohnen in der ehemaligen DDR: gesellschaftliche Determinanten und Prämissen

Frauen als Städterinnen wohnen in vielen Räumen zugleich: im Wohnraum, in der Wohnung, im Wohnhaus/engeren Wohnbereich und in der Stadt. Was bedeutete es eigentlich in der Realität, das Frausein in einer "sozialistischen" Stadt, in einem "sozialistischen" Neubaugebiet, in einer "sozialistischen" Wohnung? Welche Besonderheiten prägten das Wohnen von Frauen in den Neubausiedlungen (Großsiedlungen) der DDR in den verschiedenen sozialen Räumen? Wie sah sie aus, die staatlich verordnete Gleichberechtigung der Frauen in der Stadt? Schließlich: Welche Probleme ergeben sich aus der Vereinigung der beiden deutschen Staaten? Fragen, zu denen in diesem Aufsatz empirische Befunde dargestellt, und Gedanken geäußert werden sollen.

Im Konzept der staatlichen Ideologie vor 1990 galt Wohnen als Teilbereich der als sozialistisch definierten gesellschaftlichen Bedingungen und Strukturen. Die ideologische Vorstellung für das Wohnen wurden durch die Ausprägung des klassischen patriarchalischen Wohnkonzepts der Kernfamilie in der sozialistischen Kleinstwohnung realisiert.

Generell galt für den sozialen Wandel in der DDR, daß er "von Beginn an durch den Anspruch der Staats- und Parteiführung geprägt (war), die Entwicklung der sozialen Strukturen in all ihren wesentlichen Komponenten - Eigentums-, Bildungs-, Qualifikations-, Beschäftigungs- und Einkommensstruktur - zentralistisch zu planen und den wirtschaftlichen Zielsetzungen entsprechend zu steuern. Bis Ende der siebziger Jahre fungierte dabei die "Annäherung der Klassen und Schichten" hinsichtlich wesentlicher Lebensbedingungen (Einkommen, Bildung, Wohnen) als zentrales ideologisches Leitmotiv" (Wielgohs u. a. 1990, 22).

Dieses Gleichheitsprinzip implizierte auch eine Frauenpolitik, die offiziell vom Grundsatz der Gleichberechtigung der Frau bestimmt war, d. h. daß Frauen in wesentlichen Bereichen bereits als gleichberechtigt galten, in anderen Bereichen Gleichberechtigung noch herzustellen wäre. Dokumentiert wird dies durch die Sozialpolitik, insbesondere die Mütterpolitik der vergangenen Jahre. Wobei deren Ambivalenz schon aus ihrer sprachlichen Formulierung der "Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft" hervorgeht. Das spiegelte sich wider in der Fixierung der ideologischen Prämissen für das 1973 beschlossene Wohnungsbauprogramm der DDR, das sich zum Ziel gesetzt hatte, die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen. In der baulich-räumlichen Umsetzung bedeutete dies einmal die Errichtung großer randstädtischer Neubaugebiete und damit eine Reduzierung des Städtebaus auf Wohnbebauung und zum anderen die Grundausstattung von neu errichteten Wohngebieten mit Infrastruktureinrichtungen in einer Minimalvariante. Das waren insbesondere Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen und Einrichtungen für die medizinische und dienstleistungsbezogene Grundver-

sorgung, auf deren gute fußläufige Erreichbarkeit besonderer Wert gelegt wurde. Diese Infrastrukturausstattung der Wohngebiete war auch nötig, da 91,5 % (1) der Frauen im berufstätigen Alter im Erwerbsprozeß standen. Einerseits war dieser hohe Frauenbeschäftigtegrad Ausdruck des gesellschaftlich erreichten Niveaus weiblicher Gleichberechtigung; andererseits war dieser Erwerbsprozeß objektiv eine volkswirtschaftliche und private Notwendigkeit, die sich aus der politischen Gestaltung des Volkswirtschaftssystems und damit auch des Einkommenssystems in der DDR ergab.

Somit definierten die gesellschaftlichen Bedingungen der Arbeitssphäre die Zielsetzung und vor allem das Zeitregime der Realisierung von Wohntätigkeiten. Damit sind der Arbeitszeitrhythmus, das Belastungserleben in der Arbeit, die Arbeitswegezeiten, die Öffnungszeiten des Handels, medizinischer Einrichtungen und von Behörden gemeint. Frauenforscherinnen der Akademie der Wissenschaften der DDR charakterisierten den Typus der DDR-Frau im Rahmen ihres Forschungsansatzes "Die Frauenfrage als Teil der sozialen Frage" wie folgt: "Frau ist ganztägig voll beschäftigt; sie ist in allen Tätigkeitsbereichen und allen sozialen Klassen und Schichten (sic!) zu treffen; sie verfügt über ein mittleres Einkommen; sie arbeitet in der Mehrzahl nicht mehrschichtig und hat kaum Leitungsfunktionen; in der Regel hat sie den Abschluß der 10. Klasse, ein oder zwei Kinder aller Altersgruppen und ist verheiratet" (Erhardt u. a. 1988, 531 f.).

Für das Leben in den Ländern der ehemaligen DDR war das Wohnen in der Kernfamilie typisch. Kernfamilien sind Kleinfamilien, die zwei Geschlechterfolgen umfassen, d. h. ein Elternpaar bzw. ein Elternteil mit Kind(ern). Die 1981 in der DDR durchgeführte Volkszählung ermittelte 62,9 % Mehrpersonenhaushalte nach obiger Definition. Werden die Ehepaare ohne Kinder hinzugerechnet, "erhält man einen Anteil von 91,5 % an allen Mehrpersonenhaushalten" (Sozialreport '90, 264). Die Reproduktion der Arbeitskraft - der eigenen und der der anderen Familienmitglieder, Mutterschaft, das Leisten der familialen und den Haushalt betreffender Arbeiten - blieb weiterhin überwiegend den Frauen überlassen. Hausarbeit als notwendige "Kehrseite von Berufsarbeit" ist, trotz der grundsätzlich angestrebten Gleichstellung der Frauen in allen wesentlichen Lebensbedingungen in der damaligen DDR bis heute vorwiegend Frauensache. Zeitbudgetanalysen ergaben, daß drei Viertel der Haus- und Familienarbeit von meist vollberufstätigen, d. h. in 40 bis 43 3/4 Stunden (plus Pausen- und Fahrzeiten) pro Woche außer Haus beschäftigten Müttern, erledigt wird.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt des Wohnens in den Ländern der ehemaligen DDR ist die Tatsache, daß, wie in keinem anderen Land der Welt, der Großsiedlungsbau - als Konsequenz und Ergebnis der Baupolitik der SED - das Wohnen auch in Zukunft determinieren wird. Einige Zahlen sollen diese Aussage belegen. Bei einem Wohnungsbestand von ca. 7 Millionen Wohnungen weist die offizielle Statistik 2,1 Millionen Neubauwohnungen aus (Sozialreport '90, 157). Diese 2,1

Millionen Neubauwohnungen bedeuten bei einer durchschnittlichen Haushaltsgroße von 2,5 Personen, daß mindestens 5,25 Millionen Menschen in ihnen leben. Das sind rund ein Drittel der Bevölkerung in den Ländern der ehemaligen DDR. Da der durchschnittliche Frauenanteil an der Bevölkerung 52 % beträgt, kann davon ausgegangen werden, daß ca. 2,7 Millionen Neubaugebietbewohner weiblichen Geschlechts sind.

Sie leben mit ihren Familien vor allem in Wohnungen, die nach dem Wohnungsbausystem 70 (WBS 70) an der Peripherie von industriellen und administrativen Zentren (sogenannten Hauptwohnungsbaustandorten) errichtet wurden, da dieser standardisierte Wohnungstyp überwiegend die Grundlage des Wohnungsbauprogramms der DDR bildete (Abbildung 1 veranschaulicht typische Grundrisslösungen).

Besonderheiten des Lebens von Frauen in Großsiedlungen werden im nachfolgenden exemplarisch mit der Darstellung soziologischer Untersuchungsergebnisse aus drei Städten mit typischen Neubaugebieten der DDR verbunden. Sie sind Ergebnis Stadt- und wohnsoziologischer Untersuchungen, die sowohl stadtübergreifend in Brandenburg mit dem Neubaugebiet "Hohenstücken" 1987 und in Jena mit dem Neubaugebiet "Lobeda" 1988 als auch wohngebietsbezogen im Neubaugebiet Berlin-Marzahn (in einer Längsschnittstudie 1981, 1983 und 1986) durchgeführt wurden (2). Bezuglich der Lebensweise von Frauen wurden sie einer Sekundäranalyse unterzogen.

2. Zur Charakterisierung der Untersuchungsgebiete

Brandenburg ist eine IndustriearbeiterInnenstadt im ehemaligen DDR Bezirk Potsdam und hat 95.000 Einwohner. Die Stadt war in der DDR ein Zentrum der stahlerzeugenden und verarbeitenden Industrie. Weiter hatten wichtige Baukombinate des Bezirkes, ein Getriebewerk, die Armee, eine Wollgarnspinnerei (größter Frauenbetrieb in der Stadt) und andere Betriebe der Leichtindustrie ihren Standort in der Stadt. Das Neubaugebiet "Hohenstücken", am Ostrand der Stadt gelegen, ist ein typisches Wohngebiet der achtziger Jahre und hat eine Einwohnerzahl von 21.000.

Das Neubaugebiet Jena-Lobeda liegt im Süden der ehemaligen Industrie-, Universitäts- und Kreisstadt Jena. Diese zählte mit ca 100.000 Einwohnern zu den Großstädten in der DDR. Auf Grund ihrer industriellen Bedeutung (Volkseigenes Kombinat Carl Zeiss Jena) war sie ein Hauptstandort des DDR-Wohnungsneubaus. Neun Jahre nach Gründung der DDR wurde hier mit dem "Komplexen Wohnungsbau" begonnen. Dieser wurde infolge des "Mikroelektronikbeschlusses" des VIII. Parteitags der SED (1971) weiter forciert. Die Stadt wurde damit, hinsichtlich der Anzahl der Wohnungen, im Zeitraum 1949-1989 zum zweiten

Male gebaut. 1988 lebten im Neubaugebiet Jena-Lobeda (das Größte in der Stadt) ca 40.000 Einwohner. Zur Grundausstattung der Wohngebiete Lobeda-West, Jena-Winzerla und Lobeda-Ost gehören elf Schulen, sechs Kaufhallen, zwei Jugendclubs, das Kulturhaus Lobeda und der Sportkomplex mit Hallenschwimmbad und Sauna.

Der neu errichtete Berliner Bezirk Marzahn, ist mit ca 150.000 Einwohnern das größte peripherie Neubaugebiet der DDR; einer Größe, die ungefähr einer Stadt wie Ulm entspricht. Seine Konzeption erfolgte im Zusammenhang mit dem 1976 vom Politbüro des ZK der SED und des Ministerrat der DDR gefaßten Beschuß über die "weitere sozialistische Entwicklung der Hauptstadt". Danach sollten von 1976 bis 1990 in der Hauptstadt der DDR durch Neubau und Modernisierung etwa 300.000 - 330.000 Wohnungen entstehen; städtebaulich orientierte man sich dabei am Ausbau der überkommenen Struktur des Ostteils von Berlin (Kunst der DDR 1983, 215). Das gesamte Projekt sah die Errichtung von 33.000 Wohnungen mit allen notwendigen Nachfolgeeinrichtungen vor. "Insgesamt sollen acht Wohnkomplexe mit übergreifenden kompakten Wohngebietszentren errichtet werden..."(227). Durch den zunehmenden Druck auf den Wohnungsbedarf wurde im Verlauf der Bebauung die für soziale Infrastruktur vorgesehenen Flächen für den ausschließlichen Wohnungsbau benutzt. Das ging vor allem zu Lasten der kulturellen Einrichtungen, der Dienstleistungs- und Gesundheitsversorgung.

Aufgrund der starken Ähnlichkeit der baulich-räumlicher Strukturen der untersuchten Neubaugebiete und der allgemeinen Einheitlichkeit der Lebensweisen in der DDR können die Ergebnisse für viele Neubaugebiete der DDR verallgemeinert werden.

3. Sozialdemographische Besonderheiten von Neubaugebieten in der ehemaligen DDR

Kennzeichnend für Neubaugebiete in den Ländern der ehemaligen DDR ist eine durch die staatliche Wohnungsvergabepolitik typische Bevölkerungsstruktur. Da es in den innerstädtischen Altbaugebieten an familiengerechtem Wohnraum mangelte, zogen insbesondere junge Familien aus der Innenstadt in die neuen Wohngebiete. Das führte zu einer relativ homogenen Altersstruktur, einem geringen Altersdurchschnitt und zu einer hohen Kinderzahl. So waren 1988 57 % der untersuchten weiblichen Population in Jena-Lobeda (n = 126) im Alter bis 40 Jahren und 25 % im Alter bis 55 Jahren. Als Wohnort für Rentnerinnen/ Senioreninnen sind Neubaugebiete bisher relevant, wenn sie in einem Altersheim leben. Im Zusammenhang mit dem komplexen Wohnungsbau erfolgte häufig die Einordnung eines oder mehrerer Altersheime im Plattenbau an die Peripherie der Neubaugebiete, das Kriterium ihrer Einordnung oft technologischer Art war. Ange- sichts der homogenen Wohnungs- und Altersstruktur ist abzusehen, daß die

Neubaugebiete in der demographischen Perspektive zukünftig Senioreninnenhochburgen werden.

Auch hinsichtlich der Qualifikation unterscheidet sich die Neubaugebietsbevölkerung von organisch gewachsenen Stadtgebieten. Die Gruppe der Un- und Angelehrten ist gering vertreten. Frauen, die über Hoch- und Fachschulabschlüsse verfügen, sind deutlich überrepräsentiert. Die geschlechtsspezifische Analyse der Zuordnung der Berufstätigen nach Wirtschaftszweigen widerspiegelt die Beschäftigtenstruktur von Frauen in den Neubaugebieten. In der Mehrzahl arbeiten die Bewohnerinnen von Neubaugebieten als Angestellte oder Angehörige der Intelligenz (nach DDR-Begriffsdefinition (3)), wobei Frauen überwiegend Facharbeiter- und Fachschulabschlüsse haben.

In Marzahn sind z. B. 40 % der Frauen Angestellte oder Angehörige der Intelligenz. Mehr als die Hälfte von ihnen haben einen Fachschulabschluß. Hauptbeschäftigungszweige sind der Handel, der Dienstleistungs- und Gesundheitssektor und der Erziehungsbereich.

Wie läßt sich davon ausgehend der Typus der Neubaubewohnerin charakterisieren. Sie ist 25-45 Jahre alt, verheiratet bzw. lebt in einer Lebensgemeinschaft (1/4 leben ohne Partner) und hat 1 bis 2 Kinder. Innerhalb der Sozialstruktur gehört sie zur Gruppe der Facharbeiterinnen oder der Intelligenz.

Aufgrund der monostrukturellen Gliederung der Neubaugebiete - mit überwiegend Wohnfunktion - können die wenigsten Frauen einen Arbeitsplatz in Wohnortnähe finden. In Marzahn arbeiten 13 % der Frauen im angrenzenden Industriebezirk, etwa 1/4 von ihnen - besonders Hochschulabsolventinnen - sind in der City tätig. Als Folge der Belastung durch Arbeit und Versorgung der Familie wechselte ein hoher Anteil von Frauen (29 %) nach dem Umzug den Arbeitsplatz; 13 % beabsichtigten einen Wechsel, hatten aber noch nichts Geeignetes gefunden. Männer wechselten hingegen wesentlich seltener den Arbeitsplatz. Es ist jedoch zu erwarten, daß unter den Bedingungen wachsender Frauenarbeitslosigkeit und Abnehmen der Arbeitsplätze der lange Arbeitsweg in Kauf genommen wird. Das zu erwartende Lohn- und Gehaltsgefüge in den fünf neuen Bundesländern wird es notwendig machen, zur Absicherung des Lebensstandards ein doppeltes Familieneinkommen zu erarbeiten. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten der Arbeitsplatzauswahl weniger werden.

Eine kleine Anzahl der Bewohnerinnen der Neubaugebiete ist der sozialen Gruppe der Alleinerziehenden zuzurechnen. Dies erklärt sich aus den sozialpolitischen Prämissen der Wohnraumvergabe, denn diese erfolgt bevorzugt an "junge Ehen". Kinder von unverheirateten Müttern werden dementsprechend vor allen in Altbaugebieten geboren (Schmidt 1990, 26). Alleinerziehende in Neubaugebieten sind vor allem geschiedene Frauen (ca. 12 % Lobeda und 15 % Marzahn), von

denen drei Viertel Kinder haben. In der Altersstruktur und in der Qualifikation unterscheiden sie sich nicht von der "typischen" Neubaubewohnerin. So haben in Marzahn über 50 % der alleinerziehenden Frauen einen Fach- oder Hochschulabschluß, bzw. 40 % einen Facharbeiterabschluß. Das Alleinwohnen, der Arbeitsweg (in Marzahn bei Hochschulabsolventinnen oft 45-60 Min.), die Kinderbetreuung, die Lage und die Infrastruktur des Wohngebietes führen im Alltag oft zu Koordinationsproblemen, zu einem besonders starken "Angebundensein" von Frauen.

4. Zur geschlechtsspezifischen Nutzung der Neubauwohnung

Der oben beschriebene Typ der "klassischen" Neubauwohnung bewirkt eine Ausprägung von geschlechtsspezifischen Verhaltensweisen. Das konnte durch Fallstudien (4) zur Wohnungsnutzung, die in Jena- Lobeda durchgeführt wurden, nachgewiesen werden. Sie zeigten, daß es Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischer Raumnutzung, Wohnleitbildern und Wohnverhalten gibt. Die räumliche Organisation der Neubauwohnung wirkt durch die durchschnittliche Wohnungsgröße von 57 qm und die oben beschriebene hierarchische, funktionsspezifische Grundrißgestaltung auf diese Verhaltensweisen verstärkend.

Besonderer Schwerpunkt der Fallstudien war die Analyse der Besonderheiten, die sich aus der Weiterführung beruflicher Tätigkeiten bzw. erwerbsbeitergänzender Hobbys ergaben. Folgende Ergebnisse sind charakteristisch: "Arbeiten" nach der Arbeit spielte für 2/3 der Männer eine bedeutende Rolle. Frauen haben im Haushalt zu tun. Die Neubauwohnung läßt kaum Möglichkeiten der Einordnung eines ungestörten Arbeitsplatzes. Die Veränderung der Zimmernutzung würde den traditionell geprägten Wohnvorstellungen im Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmer widersprechen. (Abb. 2 zeigt links ein Beispiel der Verortung erwerbsbezogener Nutzung; die rechte Zeichnung eine Grundrißkonzeption nach den "Technischen Normen, Gütvorschriften und Lieferbedingungen" (entspricht der DIN 9552 für diesen Wohnungstyp.) Die ständigen bzw. zeitweiligen Arbeitsorte der Männer sind im Wohn- oder Schlafzimmer angeordnet. Damit ist insbesondere das Wohnzimmer für die familiäre Nutzung blockiert. Deshalb erledigt SIE auch zumeist die Hausarbeit, während ER "arbeitet" (vgl. Hannemann 1989, 61 ff.).

Abb. 1

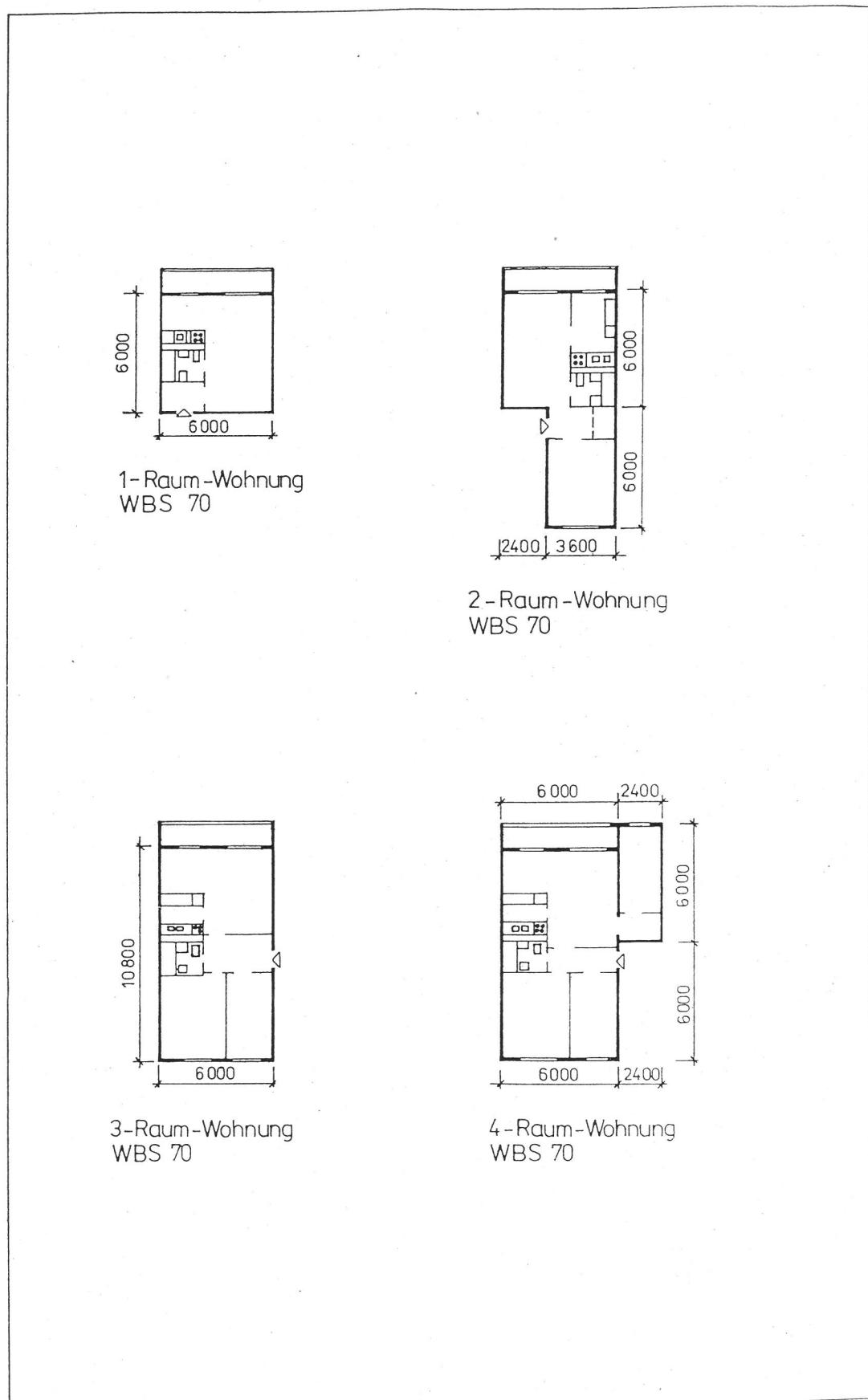
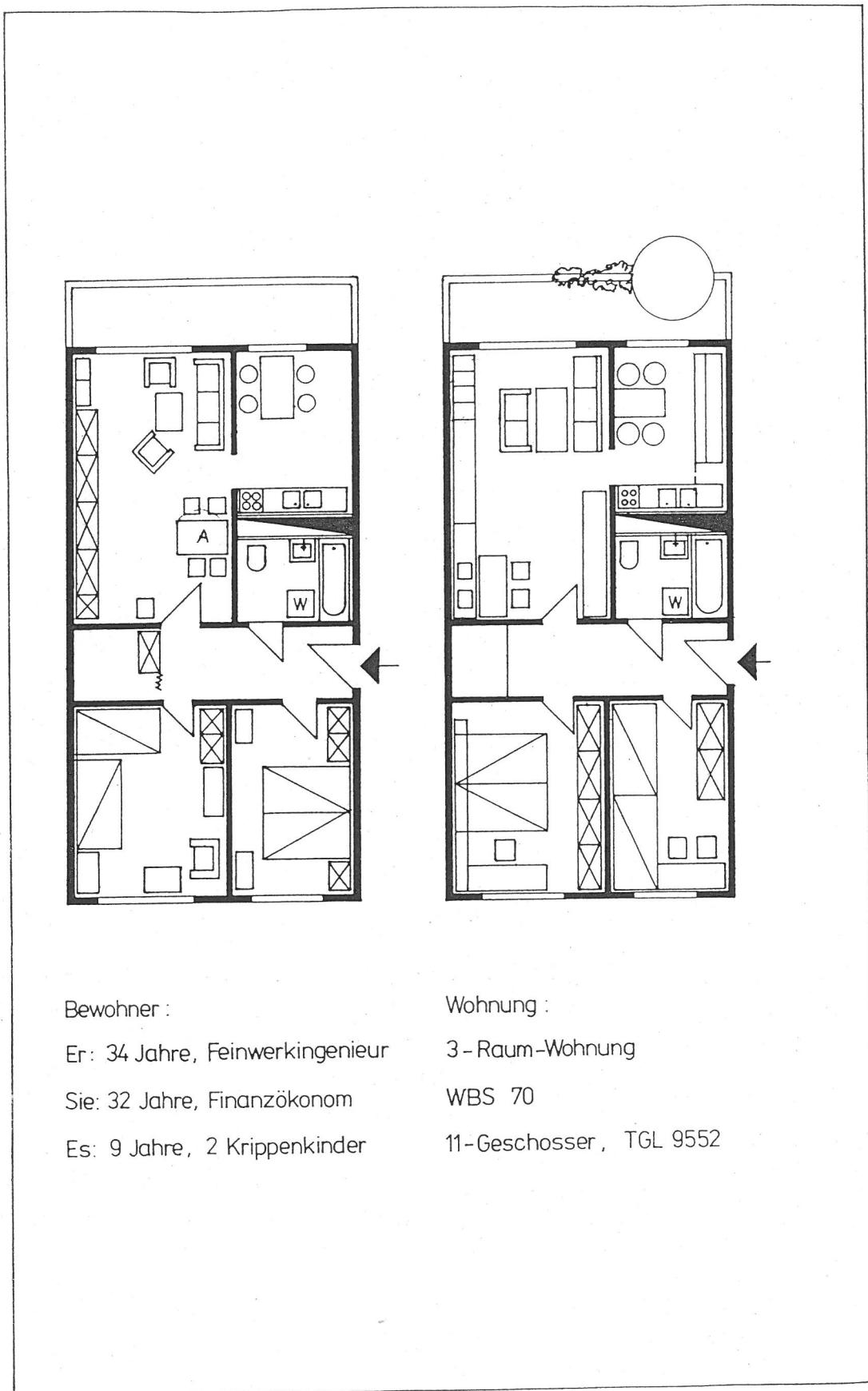


Abb. 2



5. Wie bewerten Frauen in den Großsiedlungen diese Lebensbedingungen?

Großsiedlungen haben im allgemeinen einen schlechten Ruf. Sie gelten auch in der ehemaligen DDR als grau, langweilig und anonym, als Schlafstädte. Wobei zu beachten ist, daß bei den Wohn- und Lebensbedingungen in der DDR für viele das "Höchsterreichbare" im Wohnniveau die Neubauwohnung - wenn möglich noch in "Berlin" - war. Als Arbeitsstätten für Frauen sind sie wenig im öffentlichen Bewußtsein. Tendenzielle Unterschiede in der Bewertung zeigen sich bei Nichtbewohnerinnen und Bewohnerinnen: Vollkomfort, günstige Spielmöglichkeiten für Kleinkinder, Verkehrsberuhigung, Lärm- und Immissionsschutz werden besonders von Bewohnerinnen als positive Aspekte des Wohnens in Neubaugebieten hervorgehoben. So fühlen sich z. B. 75 % der Marzahnerinnen in ihren Wohnungen wohl. Mit der mangelhaften architektonischen Gestaltung des Wohngebietes hat frau sich abgefunden. Kritik bezieht sich generell stärker auf das Wohngebiet als auf die Wohnung.

Im Hinblick auf die Wohnung sind hier vor allem Zimmergröße und Wohnunggrundriß anzuführen. Die Wohnungen wurden bei normativer Belegung nach den wohnungspolitischen Vergabeprämissen (2-Raum-Wohnung = 2-3 Personen, 3-Raum-Wohnung = 3-4 Personen, 4-Raum-Wohnung = 4-5 Personen; typisch ist z. B. die Vergabe einer 3-Raum-Neubauwohnung an eine 2-Kind-Familie) als zu klein empfunden. Seit Jahren wird kritisiert, daß das Kinderzimmer und das Bad (Badzelle) zu klein sind, daß die Küche zu eng ist und ein Abstellraum fehlt. Auch die geringe Variabilität der Zimmernutzung wird von den Frauen kritisiert. Durch die Verbindung von Wohnzimmer und Küche kann z. B. der größte Raum nicht als Kinderzimmer genutzt werden. Der, als Notlösung praktizierte Tausch von Schlaf- und Kinderzimmer geht auf Kosten eines ruhigen Arbeitsplatzes für die erwachsenen BewohnerInnen.

Die Tatsache, daß Marzahn über eine großzügige Ausstattung mit Grün verfügt (Innenhöfe, Spielplätze) und daß andererseits Defizite in der kulturell-sportlichen Infrastruktur bestehen, wird von den Frauen in den Interviews selten thematisiert. Sie äußerten Unzufriedenheit mit den Naherholungsmöglichkeiten. Bemängelt wurden hier im Vergleich mit Altaugebieten - vom fehlenden Park ganz abgesehen - vor allem die:

- Hofgestaltung (mangelnde Intimität, wenig geschützte Plätze, zu wenig Bäume, kein Immergrün gegen das Betongrau);
- einfallslosen Spielplätze, keine Planschen, fehlende Teilüberdachung von Spielflächen, keine öffentlich umbauten Plätze mit Bänken, Bäumen und Spielplätzen.

Eine Aufwertung der Naherholungsmöglichkeiten - insbesondere durch Parks mit Liegewiese, Plansche, Spielplatz (auch für größere Kinder) und Sportflächen -

würde die Freizeitqualität des Stadtteils für Frauen und ihre Kinder, die häufig zu den weniger mobilen Gruppen gehören, positiv beeinflussen. In Bezug auf die Infrastruktur ließen die Interviews mit Marzahnerinnen erkennen, daß im Wohngebiet auf Frauen und Familien zugeschnittene Kommunikationsmöglichkeiten fehlen. Besonders kritisch werden auch Gastronomie und Einkaufskultur beurteilt. Hier wirken sich Quantität (Cafébesuche müssen auch bei kurzfristigem Entschluß möglich sein) und Qualität gleichermaßen aus. Ähnlich negativ ist das Urteil über die vorhandenen Möglichkeiten für sportliche Betätigungen. Frauen bevorzugen Schwimmhalle und Sauna. Diese sind jedoch meist überfüllt bzw. haben ungünstige Öffnungszeiten. Auffallend war die Ablehnung von Vereinsbindungen. Befürwortet werden zwanglose Möglichkeiten des Zugangs zu den Sportstätten. Ob sich diese Haltung unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen wandelt, bleibt abzuwarten. Für Marzahnerinnen fehlen im sportlichen und kulturellen Bereich Angebote, die gemeinsame oder zeitgleiche Betätigung für Frauen und ihre Kinder ermöglichen. Die geringste Bedeutung haben kulturell-bildende Veranstaltungen. Letztlich ist offensichtlich, daß Frauen bei der alltäglichen Arbeits- und Familienbelastung an der "Kultur" zuerst sparen. Die Diskrepanz zwischen Freizeitinteressen und Realisierungschancen ist bei Frauen deutlich größer als bei Männern. Dabei interessieren sich Marzahner Frauen stärker als Männer für die Angebote der sogenannten Hochkultur. Für ein Fünftel ist das kulturelle Berlin der wichtigste Faktor der Bindung an die Stadt, gefolgt von der Arbeitsstelle (damit war bisher nicht das Arbeitsrechtsverhältnis als solches, sondern der soziale Kontakt zu den ArbeitskollegInnen gemeint!) bzw. dem Partner (je 19 %). Bei Männern rangiert deutlich der Arbeitsplatz an vorderster Stelle.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch Aussagen zu weiblicher Aktivität bei der Stadtgestaltung. Im Hinblick auf Belange von Haus und Wohngebiet investieren Frauen durchschnittlich weniger Zeit und sind schlechter informiert als Männer. Unterschiede zeigen sich auch hinsichtlich der Art der Aktivität. Frauen sind stärker in Kindereinrichtungen, Schulen und im eigenen Wohnhaus engagiert. Im Vergleich mit den Männern versuchten sie in Marzahn viermal so häufig bei Fragen der Versorgung und der medizinischen Betreuung Entscheidungen zu beeinflussen.

Allgemein zeigt die geschlechtsspezifische Analyse von stadt- und wohnsoziologische Untersuchungen, daß Frauen und Männer deutliche Gemeinsamkeiten in den Bedingungen des Wohnens und in den Wertorientierungen über das Wohnen aufweisen. Das ist einerseits Resultat real erreichter "Gleichheiten" in den Bedingungen des Wohnens, andererseits hat sich der "Mythos von der bereits erreichten Gleichberechtigung in den Köpfen vieler Frauen festgesetzt und sie blind gemacht für die realen Benachteiligungen" im Alltag (Nickel 1990, 39). Geschlechtstypische Unterschiede lassen sich in den Tätigkeitsstrukturen des Wohnens und in der Nutzung sozial-räumlicher Bedingungen analysieren. Insbesondere differieren der

städtische Aktionsraum und die Nutzung des engeren Wohnbereichs. Folgende Merkmale des Wohnens lassen sich als signifikant geschlechtstypische Unterschiede in der ehemaligen DDR beschreiben:

- Stärkere Orientiertheit von Frauen auf gemeinschaftliche Aktivitäten im Nachbarschaftsbereich; eine wesentliche Rolle spielen dabei die Unterstützung bei der Kinderbetreuung, die wechselseitige Teilnahme an Familienfeierlichkeiten usw.
- Für Frauen sind bei der Bewertung der Freizeitqualität in der unmittelbaren Wohnumgebung die Angebote im Freien (z. B. Möglichkeiten wie Gartenarbeit und Handwerk) weniger wichtig.
- Frauen verbringen ihre Freizeit häufiger in der Familie, d. h. in der Wohnung. Männer sind häufiger täglich im Stadtzentrum.
- Die Städterin fährt weniger Auto und mehr Rad bzw. geht zu Fuß oder benutzt öffentliche Verkehrsmittel.
- Frauen geben häufiger an, große Einkäufe oder den Weg zum Erholungs-ort mit Bus/Straßenbahn oder zu Fuß zu bewältigen. Männer fahren signifikant häufiger mit dem Auto.
- Aus Zeitgründen wählen Frauen oft den Arbeitsort in der Nähe der Wohnung und nehmen dabei nichtqualifikationsgerechten beruflichen Einsatz und geringeren Verdienst in Kauf.

6. Resümé

Zunächst fällt eine frappierende Ähnlichkeit mit stadt- und wohnbezogenen Forschungsergebnissen aus der BRD auf, Probleme und ihre Beurteilung durch Frauen als Städterin und Wohnerin sind wenig unterscheidbar. Auch der "sozialistische" Weg der Entwicklung von Stadt und Wohnen im Kontext gesellschaftlicher Strukturen brachte für Frauen kritisch zu bewertende soziale Unterschiede. Die Marginalität von Neubaugebieten als Arbeitsstätten für Frauen und eine Differenzierung des Alltags und der Lebenswelten in männliche und weibliche ist hier alltägliche Realität. Die empirischen Ergebnisse zeigen für die meisten Frauen ein von ihnen akzeptiertes Verbleiben in der patriarchalisch dominierten "hierarchischen Differenz".

Resultat des sozialen Wandels in den Städten der DDR ist einerseits eine Infrastrukturausstattung in den Neubaugebieten, welche eine grundlegende sozialräumliche Bedingung für die Emanzipation der Frauen ist, d. h. es sollte ihnen möglich sein, am gesellschaftlichen Leben, insbesondere am Berufsleben, teilnehmen zu können. Andererseits bilden diese sozial-räumlichen Strukturen von der Grundrißkonzeption der Wohnung bis zur Monostruktur dieser Gebiete ein spezifisches Beispiel für eine patriarchalische Stadtentwicklungs- und Wohnbau-

praxis, in dem sie das sozio-kulturelle Transformationsergebnis geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung auf baulich-räumliche Strukturen darstellen.

Über die Verschärfung der Benachteiligung von Frauen als Ergebnis des deutsch-deutschen Zusammenschlusses kann zur Zeit nur prospektiv diskutiert werden. Faktum ist, daß erste Anzeichen dafür existieren, daß Frauen besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Vor allem sind die zukünftigen Arbeitsmarktchancen von Frauen eindeutig schlechter. Eine erste Untersuchung zu dieser Thematik wird von Kabisch vorgestellt: "Als eine Schwerpunkttaufgabe erweist sich die Freisetzung und Wiedereingliederung der Frauen in den Arbeitsprozeß. Erste Untersuchungsergebnisse zeigen, daß ein Großteil der Frauen an solchen Arbeitsplätzen eingesetzt war, die modernen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Insbesondere im Verwaltungssektor sind erhebliche Freisetzungseffekte zu erwarten" (Kabisch 1990, 42). Im Zusammenhang mit der Verstärkung der alltäglichen Belastungen von Frauen als Hausfrau und Mutter, der Wegezeiten zu den Gebieten mit Erwerbsmöglichkeiten und einer insgesamt konservativen Gesellschaftsveränderung verschlechtern sich die gesellschaftlichen Chancen von Frauen. Vielleicht macht bald, in Anlehnung an den aus der Literatur bekannten Begriff, von den "grünen Witwen", in Fortsetzung der Ignoranz von Hausarbeit, der der "Neubauwitwen" die Runde.

Anmerkungen

- (1) 1970 waren 77 % und 1980 80,5 % des Anteils von Berufstätigen an der arbeitsfähigen Bevölkerung Frauen (Sozialreport '90, 78).
- (2) Für die Aussagen zu diesem Neubaugebiet konnte dankenswerter Weise ein von Dipl.-Soz. Kirsten Gurske verfaßtes Manuskript verwendet werden. Außerdem hat sie selbst die im Text erwähnten Fallstudien durchgeführt.
- (3) Zur Gruppe der Angestellten zählten alle Personen, die in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses spezifische Tätigkeiten ausübten, die nicht unmittelbar auf die Herstellung eines materiellen Produkts gerichtet waren. Die Gruppe der Intelligenz umfaßte alle Personen mit einem Hoch- oder Fachschulabschluß. (Vgl. Stichworte Angestellte und Intelligenz im Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, 1983, 20 und 307) Aus den Begriffsdefinitionen wird die Uneindeutigkeit der Begriffe evident. Die hier erfolgten Angaben beruhen auf der Selbstzuordnung der Probandinnen.
- (4) Diese Untersuchungsergebnisse sind Resultat von 9 Fallstudien, die das Wohnverhalten aus dem Blickwinkel des Verhältnisses von Arbeiten und Wohnen zum Gegenstand hatten. Diese qualitative Untersuchungsmethodik ist ergänzend zu einer repräsentativen Befragung zu Stadtentwicklung und Wohnmilieu in Jena 1988 eingesetzt worden. Die casestudies wurden in Form von Tagesprotokollen erstellt.

Quellenverzeichnis

- Georg Aßmann u. a.: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin (Ost) 1983
- Gisela Erhardt u. a.: Einige soziologische und sozialpolitische Aspekte zur Entwicklung der Frau im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin (Ost) 1988
- Kirsten Gurske: Fallstudie Berlin-Marzahn, Berlin 1990, unv. Manuskript
- Christine Hannemann: Zur Geschlechtsspezifität des Wohnens in der DDR, in: Monika Allers u. a. (Hg.): "Frauen erneuern ihre Stadt", Hamburg 1989, 38 ff.
- Sigrun Kabisch: Berufstätigkeit von Frauen aus der Sicht stadt- und regionalsoziologischer Forschung, in: Christine Hannemann u. a. (Hg.): "Frauengerechte Stadt??!", Berlin (Ost) 1990
- U. Kuhrt (Hg.): Kunst der DDR 1960-1980, Leipzig 1983
- Hildegard Maria Nickel: Frauen in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 16 - 17/90
- Gudrun Schmidt: Sozialdemographische Wirkungen bisheriger Stadtplanung, in: Christine Hannemann, u. a. (Hg.): a. a. O.
- Sozialreport '90 hg. v. Gunnar Winkler: Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin (Ost) 1990
- Jan Wielgohs u. a.: Reformbewegung und Volksbewegung (Politische und soziale Aspekte im Umbruch der DDR-Gesellschaft), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 16 - 17/90

Autorin

Christine Hannemann, geboren am 1.4.1960. Abschluß des Studiums der Soziologie mit dem Diplom 1986 an der Humboldt-Universität zu Berlin. Danach wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Bauakademie der DDR. Arbeitsschwerpunkte: stadt- und wohnsoziologische Grundlagenforschung sowie Anwendung dieser Forschungsergebnisse auf den Plattenbau. Seit September 1988 Doktorandin an der Humboldt-Universität. Seit Oktober 1990 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Planungs- und Gesellschaftswissenschaften an der TU Berlin.

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

FrauenPläne: Stadtumbau, sozialer Wandel und Fraueninteressen /
Barbara Martwich (Hrsg.). - Darmstadt: Verl. für Wiss. Publ., 1991
ISBN 3-922981-61-5

NE: Martwich, Barbara [Hrsg.]

(c) 1991

ISBN 3-922981-61-5
WOHNBUND e. V.
6000 Frankfurt Main 1, Humboldtstraße 79

Verlag für wissenschaftliche Publikationen
6100 Darmstadt, Ploenniesstraße 18

Umschlaggrafik
Druck
Copyright

Martina Ebert
direkt-druck, Darmstadt
für Fotos und Abbildungen liegt bei den Autorinnen